

4. 10. 1917

Die europäischen Neutralen und der U-Bootkrieg.

Nebst England, Frankreich und Italien werden von der Verschärfung des U-Bootkrieges alle neutralen Staaten Europas mehr oder minder empfindlich getroffen. Es ist daher begreiflich, daß man in beiden kriegführenden Lagern mit großer Spannung die Aufnahme der neuen Maßnahme in den neutralen Ländern verfolgt. Bis zur Stunde ist, mit Ausnahme von Spanien, wo der Ministerrat angeblich einen scharfen Protest gegen die Verschärfung des U-Bootkrieges beschlossen hat, keine offizielle Meinungsäußerung bekannt geworden. Bei den großen Sympathien, deren sich die Entente bei der Mehrzahl der Zeitungen, speziell Hollands und der nordischen Staaten, erfreut, ist es selbstverständlich, daß der Ton dieser Blätter gegen die Mittelmächte überaus scharf ist. Immerhin ist es bemerkenswert, daß selbst die radikalsten Stimmen schließlich zum Abwarten und zum Befolgen des Vorgehens Amerikas raten, auf dessen Entschlüsse mit großer Spannung gewartet wird.

Die Beurteilung der Maßnahme der Mittelmächte in den neutralen Staaten ist aber nicht nur eine Frage des politischen Wohlwollens, sondern eine solche der betroffenen Interessen. Diese sind natürlich in den einzelnen Ländern verschieden groß, je nach der wirtschaftlichen Bedeutung, die der Handelschiffahrt als solcher, die dem Handel mit den abgesperrten feindlichen Ländern und die schließlich der überseeischen Versorgung der eigenen Volkswirtschaft zukommt. Der letzte Gesichtspunkt fällt wohl am schwersten ins Gewicht, und durch ihn wird auch die Schweiz ernstlich berührt. Allerdings ist die überseeische Versorgung der Schweiz in den letzten Monaten zum allergrößten Teil über den französischen Hafen Cette erfolgt, der auch jetzt außerhalb des Sperrgebietes liegt. Ob aber unter den geänderten Verhältnissen feindliche und neutrale Schiffe auch weiterhin die Waren für die Schweiz in der bisherigen Weise befördern werden, ist mehr als fraglich, da jedes Land zunächst mit der eigenen Versorgung genug zu tun haben wird. Der Bundesrat der Schweiz hat bereits die Konsequenzen aus der neuerschaffenen Situation gezogen und die öffentliche Bewirtschaftung und Rationierung der im Lande befindlichen Nahrungsmittel angeordnet.

Auch für die Niederlande steht die Versorgungsfrage an erster Stelle. Allerdings ist die Erzeugung Hollands an landwirtschaftlichen Produkten so bedeutend, daß bei einer Unterbindung oder auch nur einer Schwächung seiner Ausfuhr in diesen Gegenständen die eigene Versorgung vollständig gewährleistet ist. Im Jahre 1914, für das die letzten amtlichen Außenhandelsziffern vorliegen, wurden bei einer Gesamtausfuhr im Werte von 2493 Millionen Gulden Nahrungs- und Genussmittel für 829 Millionen ausgeführt, denen allerdings eine Einfuhr von 716 Millionen Gulden gegenübersteht, die jedoch zum weitaus großen Teil aus kolonialen Rohprodukten bestand. Weit ungünstiger ist die Versorgung mit industriellen Rohstoffen, in denen die Einfuhr die Ausfuhr um rund 250 Millionen Gulden übertrifft hat. Da diese Rohstoffe zum weitaus großen Teil aus Uebersee bezogen werden, so dürften die im Lande gegenwärtig vorhandenen Vorräte nicht übermäßig reichlich sein, zumal Holland das erste neutrale Land war, das seine Einfuhr aus Uebersee durch Errichtung des Ueberseetrusts der englischen Kontrolle unterworfen hat. Die scharfe Ueberwachung durch die englischen Agenten hat eine Weiterbeförderung der Rohstoffe und der aus diesen erzeugten Waren unterbunden. Es ist daher anzunehmen, daß der eigene Bedarf des Landes für einige Zeit, wenn auch nicht reichlich, so doch immerhin gedeckt sein dürfte. Wenn sich für den Verkehr Hollands mit seinen Kolonien ein annehmbarer Ausweg finden sollte, so dürften seine wirtschaftlichen Interessen durch die Verschärfung des U-Bootkrieges keine allzu große Schädigung erfahren.

Für die skandinavischen Staaten spielen die Versorgungsschwierigkeiten eine geringere Rolle. Sie kommen nur insoweit in Betracht, als England das Ursprungsland der benötigten Ware ist. Für Norwegen handelt es sich infolgedessen hauptsächlich um die Kohlenfrage. Die Versorgung Norwegens mit Kohle hat England schon in den letzten Monaten wesentlich dadurch erschwert, daß es an die Kohlenlieferung die Bedingung bestimmter Frachtleistungen zu festgesetzten Preisen geknüpft hat. Da die Schiffahrt die hauptsächlichste Erwerbsquelle dieses Landes ist — Norwegen stand im Jahre 1913 mit einem Tonnengehalt seiner Schiffe von 1.710.000 Nettoregister-tonnen an vierter Stelle der seefahrenden Nationen — so wurde diese Abhängigkeit sehr empfunden und es kam in der letzten Zeit in der Kohlenfrage wiederholt zu ernststen Konflikten. Bei der Genügsamkeit der norwegischen Bevölkerung ist der Bezug dieses Landes an Nahrungsmitteln aus dem Ausland relativ gering. Von einer Gesamteinfuhr von rund 600 Millionen Kronen entfielen im Jahre 1914 nur 74 Millionen auf Nahrungsmittel. Da die heutige Versorgungssaison für Getreide bereits sehr weit fortgeschritten ist und mit Frachtschwierigkeiten seit geraumer Zeit gerechnet werden mußte, so dürften bis zu den neuen Ernten genügende Vorräte im Lande angesammelt worden sein. Bisher ist die Aufnahme der Maßregel der Mittelmächte in Norwegen eine sehr ruhige.

Für Schweden spielen die überseeischen Getreidezufuhren eine sehr große Rolle, und wenn auch für dieses Land die Zufuhrmöglichkeit nicht wesentlich erschwert ist, so scheint doch die Befürchtung zu bestehen, daß England die Getreidezufuhren beschlagnahmen könnte. Viel

empfindlicher wird Schweden in seinem Außenhandel durch die Absperrung Englands getroffen, da es bisher seinen großen Kohlenbedarf, dessen Import in Friedenszeiten den achten Teil seiner gesamten Einfuhr (103 Millionen von 846 Millionen Kronen) ausmachte, in England zu decken pflegte, und von seiner Ausfuhr von 817 Millionen Kronen 235 Millionen nach England ging. Für die hauptsächlichsten Stapelartikel Schwedens, Holz und Erze, Eisen und Stahl, sowie für wichtige landwirtschaftliche Produkte war England bisher der wichtigste Abnehmer Schwedens.

Für Dänemark liegen die Verhältnisse wesentlich anders, da es als Agrarland mit einer sehr intensiven Wirtschaft einen großen Ueberschuß an Nahrungsmitteln hat, den es ausführt. Allerdings führt es dagegen große Mengen industrieller Rohstoffe und auch Kohle ein, bei denen es jedoch nicht so sehr auf überseeische Gebiete angewiesen ist. Da schon in Friedenszeiten die Hälfte des dänischen Exports (431 Millionen von 867 Millionen Kronen) nach England ging, und die im Verhältnis recht ansehnliche Flotte (467.000 Nettoregister-tonnen) hauptsächlich in fremden Häfen Beschäftigung fand, so hat naturgemäß die Verschärfung des U-Bootkrieges in diesem Lande vorerst energischere Maßnahmen, wie die Schließung der Börse in Kopenhagen, zur Folge gehabt.

Wie bereits erwähnt, hat die Maßregel der Mittelmächte bisher in Spanien die relativ stärkste Erregung hervorgerufen. War schon in Friedenszeiten der Handelsverkehr Spaniens mit den Mittelmächten wesentlich geringer als mit den Ententeländern, so ist im Kriege eine weitere Verschiebung zuungunsten der ersteren eingetreten. Spanien ist nicht nur vollständig auf die Einfuhr von Fabrikaten aus England und Frankreich angewiesen, sondern setzt seinen ganzen Ueberschuß an Lebensmitteln und Eisen an diese beiden Länder hauptsächlich ab. Wie lukrativ dieser Handel im Kriege war, zeigt die durch ihn bewirkte vollständige Sanierung der spanischen Währung.